

Teures Benzin: Soll der Staat eingreifen?

Fast die Hälfte der Spritpreise sind Steuern und Abgaben. Sollte der Staat eingreifen? Ökonomen warnen vor überhasteten Massnahmen.

Dorothea Alber

Tanken gehört wohl zu jenen Tätigkeiten, die sich derzeit kurz als «spassfrei» beschreiben lassen. Obwohl die Treibstoffpreise diese Woche wieder sinken, ist eine Debatte in verschiedenen Ländern entbrannt – darunter auch in der Schweiz – mit welchen Massnahmen diese gesenkt werden könnten. Etliche Politiker fordern, die Steuern zu senken. Das ist auch für Liechtenstein relevant – denn debattiert wird unter anderem über die Mehrwertsteuer und die Mineralölsteuer, die auf Treibstoffe erhoben werden. Schraubt die Schweiz an den entsprechenden steuerlichen Vorgaben, gelten die Änderungen über den Zollvertrag automatisch auch für Liechtenstein. Der Staat könnte die Steuern senken – das würde aber nicht zwangsläufig zu sinkenden Preisen führen, warnen Ökonomen. Die Kraftstoffbranche müsste die Entlastung nicht zwingend an die Kundinnen und Kunden weitergeben, befürchten sie. Manche halten von festgelegten Höchstpreis für Benzin und Diesel nicht viel: «Da besteht die Gefahr, dass es irgendwann zu wenig Sprit gibt, wenn sich der Verkauf wegen der hohen Preise bei der Beschaffung nicht mehr lohnt», sagt Thomas Puls, der am Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zu Verkehrsforschung, gegenüber der «Zeit».

«Steuersenkungen für Benzin sind der falsche Weg»

«Der Staat sollte grundsätzlich nichts gegen die steigenden Kraftstoffpreise



Breite Steuersenkungen für günstigere Preise an den Zapfsäulen? Es spricht einiges dagegen.

Bild: Daniel Schwendener

unternehmen», sagt der Ostschweizer Ökonom Peter Eisenhut. Denn steigende Preise signalisieren Knappheit und fordern die Konsumenten dazu auf, nach Ausweichmöglichkeiten und Alternativen zu suchen – ÖV, E-Autos und Velos zum Beispiel. «Autohersteller und Ölproduzenten setzen steigende Preise Anreize, die Produktion zu erhöhen oder neue Alternativen zu entwickeln», sagt er weiter. Staatliche Eingriffe in die Preisbildung verhindern gemäss Eisenhut also, dass Konsumenten weniger nachfragen. «Ge-

nau das wäre aber vernünftig.» Steigende Energiepreise könnten nicht aus der Welt geschafft, sondern nur umverteilt werden – jemand zahlt immer: Die letzten, heutigen oder zukünftigen Generationen von Steuerzahlern.

Die Politik könne die Bevölkerung also gar nicht von diesen Lasten befreien, sie schafft nur eine «Entlastungsillusion». Umverteilung kann gemäss Eisenhut sinnvoll sein, wenn es darum geht, gezielt Haushalte mit niedrigem Einkommen zu unterstützen. «Dabei sollte man sich bewusst sein, dass in

diesem Fall die übrigen Haushalte nicht nur für sich selbst die höheren Kosten tragen, sondern auch für andere.»

Die Politik würde das Problem nur verlagern

Aus seinem ökonomischen Fokus betrachtet, gehe es bei dieser ganzen Diskussion um eine beinahe rein politische Debatte, mit der die «verschiedenen Parteien und Politiker ihre Wähler befriedigen und bestenfalls neue gewinnen wollen», sagt Eisen-



Peter Eisenhut ist Ökonom und Präsident der Stiftung Zukunft.li in Liechtenstein. Bild: Tatjana Schnalzer

hut. Dabei werde einmal mehr die Illusion verbreitet, dass steigende Preise oder Kosten dank der Politik «gratis» umgangen werden können.

Mit dieser Meinung steht Eisenhut nicht alleine dar. Auch Clemens Fuest als Präsident des Ifo-Instituts in München sieht das ähnlich. Er schreibt in der FAZ: «Politiker möchten signalisieren, dass sie die Sorgen ihrer Wähler ernst nehmen. Dennoch sind allgemeine Benzinpreissenkungen der falsche Weg.» Der Staat würde sich dafür zunächst stärker verschulden. Diese Schulden müssen in Zukunft bedient werden, durch Steuern, die von genau den Haushalten bezahlt werden, die jetzt angeblich entlastet werden.

Eine Ausnahme sieht Peter Eisenhut: «Sollten die Preise aufgrund von missbräuchlichem Verhalten der Anbieter steigen oder nicht mehr sinken, zum Beispiel durch Preisabsprachen, ist das selbstverständlich ein Grund für staatliches Eingreifen.»

Russische Touristen: Liechtenstein ist nicht St. Moritz

Für Liechtensteins Tourismus ist Russland kein Hauptzielmarkt. Dennoch stieg in den letzten Jahren das Interesse der Russen am Kleinstaat.

Zürich, Genf und St. Moritz: Besuchen russische Touristen die Schweiz, verschlägt es sie vorzugsweise an eine dieser drei Destinationen. Aber seit Corona und nun mit dem Angriff Putins auf die Ukraine bleiben die Touristen aus. Sorgen 2019 die russischen Gäste noch für knapp 360 000 Übernachtungen, so waren es 2021 nur mehr 102 000 Logiernächte. Dennoch betont Martin Nydegger, Direktor von Schweiz Tourismus, gegenüber dem «Tagesanzeiger», dass der Tourismus aus Russland durchaus bedeutend ist. Und gerade Zürich und Genf werden

künftig das Fernbleiben der Russen zu spüren bekommen. Aber wie sieht es beim Nachbarn Liechtenstein aus?

Liechtenstein: Fernmarkt-Fokus liegt auf den USA

«Dobro poschalowat v Liechtenstein», begrüsst eine Werbebroschüre von Liechtenstein Tourismus die russischen Gäste in ihrer Landessprache. Doch abgesehen von der Broschüre und Führungen in russischer Sprache bietet Liechtenstein Tourismus keine Angebote, die sich spezifisch an Gäste aus Russland richtet. Daran lässt sich

bereits erahnen, dass sich die Bedeutung russischer Touristen für das Fürstentum in Grenzen hält.

Dies bestätigt auch Nicole Thöny, Sprecherin von Liechtenstein Marketing. Zwar könne Liechtenstein Marketing noch nicht einschätzen, wie sich der Krieg auf das Reiseverhalten der russischen Gäste auswirke. Aber 2019, also noch vor Corona, machten Gäste aus Russland 1,5 Prozent der Gesamtankünfte aus. «Damit sind sie für uns kein komplett unwichtiger Markt, aber keiner unserer Hauptzielmärkte», so Thöny. Im Gegensatz dazu werden an-

dere Fernmärkte, wie die USA, aktiv beworben. Und das auch mit Erfolg: Während es im Sommer 2021 nur 49 russische Gästeankünfte in Liechtenstein gab, konnten 943 Gäste aus den USA begrüsst werden. «Auch in unserer aktuellen Marktbearbeitung legen wir bei den Fernmärkten den Fokus klar auf die USA», sagt Nicole Thöny.

Thema «Fürstentum» punktet bei den Russen

Allerdings: Während in der Schweiz seit 2014 ein rückläufiger Trend bei den Gästen aus Russland festzumachen

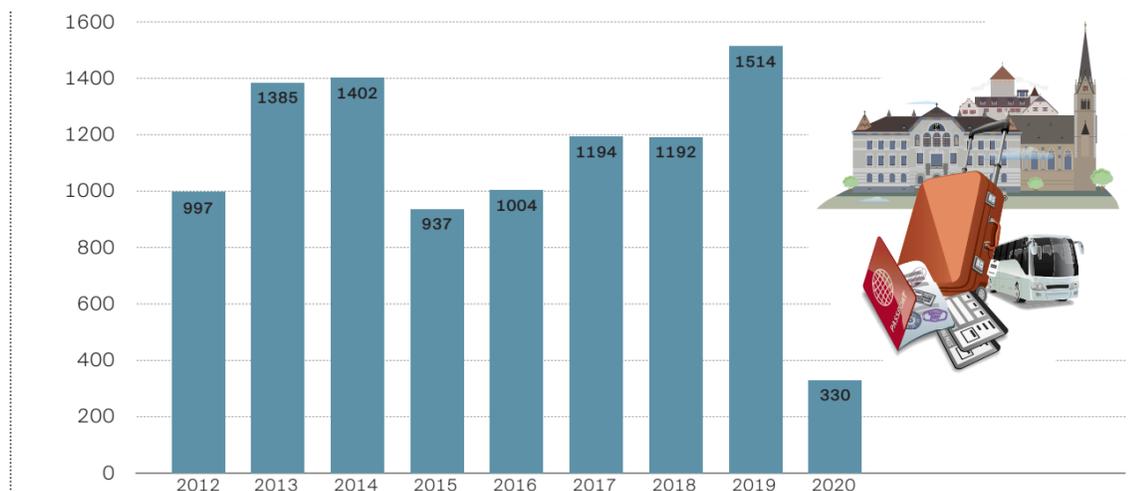
ist, nehmen sie in Liechtenstein, nach einem Knick im Jahr 2015, wieder zu und erreichten 2019 einen bisherigen Höchststand.

Weshalb Liechtenstein in den letzten Jahren an Beliebtheit gewann, ist gemäss Thöny schwer festzumachen. Sie erwähnt jedoch, dass besonders mit seiner Monarchie der Kleinstaat bei den Touristen aus dem Osten punkten kann. «Gerade das Thema Fürstentum und die vielen fürstlichen Erlebnisse üben auf die Gäste aus dem ehemaligen Zarenreich einen gewissen Reiz aus», meint Nicole Thöny. (equ)

Aus diesen zehn Ländern kamen 2019 die meisten Gäste

Gästeankünfte	
Schweiz	28802
Deutschland	23559
Vereinigte Staaten	5191
Österreich	4743
Vereinigtes Königreich	3554
Italien	2833
Niederlande	2637
Frankreich	2324
China	2117
Russland	1514

Nach einem Knick 2015 nahm die Anzahl russischer Gästeankünfte wieder zu



Quelle: Amt für Statistik, Grafik: Stefan Aebi